

Demokratie in Gefahr

von Ahmed Fazl

Die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und die Oppositionsparteien bewegen sich auf eine Machtprobe in der Frage zu, unter welchen Bedingungen zukünftige Wahlen abzuhalten sind. Dabei droht die zerbrechliche Demokratie im Chaos zu versinken. Der seit März bestehende Parlamentsboykott durch die Opposition lähmt das politische Leben. Der Etat für das Haushaltsjahr 1994/95 sowie wichtige Gesetze wurden ohne parlamentarische Diskussion verabschiedet. "Das Parlament hat durch den Boykott der Opposition seine Funktion verloren", so Kamal Hussain, Vorsitzender des 'Gano Forum'.

Der Streit dreht sich weiter um die Frage, ob eine unabhängige Regierung die Parlamentswahlen im Februar 1996 überwachen soll - das ist die Forderung der Opposition - oder eine Wahlkommission, wie es der BNP vorschwebt (siehe dazu auch den Artikel von M.P. Houscht in dieser Ausgabe).

Die Kontroverse hat wiederholt zu Streiks bzw. 'hartals' geführt, die das öffentliche Leben in den Städten zum Stillstand brachten. Erinnerung sei an den 10. September, an dem etwa 100 Menschen bei Gefechten zwischen der Polizei und Aktivisten der Opposition verletzt wurden. "Die Streiks und die gewalttätigen Auseinandersetzungen ruinieren das Land, die politischen Führer dieses Landes werden dafür verantwortlich gemacht werden", meint Abdur Rob, Präsident der Handels- und Industriekammer in Dhaka. Nach Schätzungen der Kammer belaufen sich die Produktionsverluste, verursacht allein durch die Streiks im September, auf 150 Millionen Dollar; Arbeitern wurde gekündigt, Firmen mußten schließen.

"Es ist schwer zu glauben, daß die politischen Führer sich in einer Frage von gesellschaftlicher Bedeutung nicht einigen können", so der Zeitungskolumnist Fayaz Ahmad. Ahmad sorgt sich um die Stabilität des Landes, daß unter endemischer Armut, hoher Arbeitslosigkeit und einem geringen Bildungsstand seiner Bürger leidet. Qazi Kholiqzaman vom 'Bangladesh Development Council' sieht einen direkten Zusammenhang zwischen der weitverbreiteten Armut im Lande und dem Versagen der politischen Organisationen und Führungen, stabile, tragfähige demokratische Strukturen und einen Konsens in nationalen Fragen aus-

zubilden.

Die drei großen Oppositionsparteien, die 'Awami League' (AL), die 'Jatiyo Party' (JP) und die 'Jamaat-i-Islami' (JI), haben trotz zum Teil beträchtlicher programmatischer Unterschiede eine Front gegen die BNP gebildet. Seit den Ereignissen in Magura im März (siehe dazu auch den Artikel von M.P. Houscht) fürchten sie weitere Wahlmanipulationen seitens der BNP, nicht zuletzt bei der in 15 Monaten anstehenden Parlamentswahl.

Es erhärtet sich der Verdacht, daß die BNP im Vorfeld der Magurawahlen 700 Extremisten unter der Bedingung aus dem Gefängnis entließ, die Wähler unter den ethnischen und religiösen Minderheiten des Landes - und das sind traditionell die Wähler der AL -, einzuschüchtern und sie von den Qualitäten der BNP zu 'überzeugen'. Für die Opposition ausreichend Grund, eine neutrale Übergangsregierung zu Wahlzeiten

zu fordern. "Wir haben kein Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung, für freie und faire Wahlen zu sorgen. Es ist eine korrupte und ineffiziente Administration, die alles daran setzen wird, an der Macht zu bleiben", meint AL-Chefin Sheikh Hasina.

Freie und faire Wahlen sind in Bangladesh in der Tat eine seltene Erscheinung. Erst einmal, nämlich 1991, unter Leitung einer neutralen Übergangsregierung, fanden nach allgemeiner Einschätzung Wahlen dieses Typs statt. Sonst dominierten Wahlbetrug oder Wählereinschüchterung.

Wahlen in Bangladesh sind immer wieder durch Geld und politische Muskelspielerei beeinträchtigt worden. Das Kaufen von Wählerstimmen wie auch die Beilegung von Streitigkeiten via Waffenduelle sind Konstanten im wahlpolitischen Alltag gewesen. Erst bei der Bürgermeisterwahl vom Januar dieses Jahres streckte ein unterlegener BNP-Kandidat



Die beiden Kontrahentinnen: Premierministerin Khaleda Zia und die 'Awami League'-Führerin Sheikh Hasina (oben). (Fotos: Ahmed Fazl / Walter Keller)

fünf Oppositionsrivalen mit einer Maschinenpistole nieder.

Gewalt ist nicht neu im politischen Geschäft. Der Staatsgründer Mujibur Rahman wurde von pensionierten Armeeoffizieren ermordet; sein Nachfolger General Rahman wurde Opfer eines Machtkampfes innerhalb des Militärs.

Politische Morde sind zur Routine geworden und fast immer kommen die Täter straffrei davon, weil die ein oder andere Partei sie schützt. Die Gewalt zwischen verschiedenen studentischen Gruppen an den Universitäten, die in den vergangenen zwei Jahren etwa 100 Todesopfer forderte, ist auf einen Stellvertreterkrieg zurückzuführen. Die großen Parteien ermuntern ihre Zöglinge zur Gewaltanwendung und versorgen sie mit Waffen. Experten sehen im Vorhandensein einer großen Anzahl illegaler Waffen eines der Hindernisse in der Förderung einer demokratischen Kultur in Bangladesh.

Die genannten Morde an den beiden Führungspersonlichkeiten des Landes haben tiefe Narben hinterlassen und teilen das Land. Mujibur Rahman wie auch Ziaur Rahman regieren das Land weiter von ihren Gräbern aus. Sheikh Hasina ist die Tochter des Staatsgründers Mujibur, Premierministerin Khaleda Zia die Witwe von General Ziaur. Beide bauen ihre Politik auf dem Charisma der Ermordeten auf. Der Vorwurf an die jeweils andere Adresse, für den Tod von Mujibur bzw. General Ziaur verantwortlich zu sein, hat zu einer Spannung zwischen den beiden Frauen geführt, die das politische Klima nachträglich prägt und für die scharfe Gangart in der gegenwärtigen Diskussion verantwortlich ist.

Die Feindseligkeit zwischen BNP und AL kommt nicht von ungefähr: General Ziaur hatte seinerzeit ein Gesetz erlassen, der den Drahtziehern der Ermordung Mujiburs Straffreiheit garantierte. Statt Bestrafung erhielten sie gutdotierte Diplomatenjobs. Es wäre nun an Khaleda Zia gewesen, den 'Indemnity Act' aufzuheben und den Weg für die Verurteilung der mutmaßlichen Mörder zu ebnen. Doch nichts geschah. Sheikh Hasina hat das Thema Verurteilung zu einer Art persönlichen Kreuzzug gemacht und vieles spricht dafür, daß in der gegenwärtigen Situation dieses Thema mit-schwingt. Khaleda Zia hat immerhin Worte des Trosts für die Sheikh Familie gefunden, während es umgekehrt still blieb.

Die Probleme des demokratischen Systems wurzeln auch in der fehlenden demokratischen Kultur innerhalb der BNP und der AL. Dynastie statt Demokratie breitet sich aus. Seit der Parteigründung von 1978 beherrscht die Ziaur Familie die BNP. Seit fünf Jahren ist



kein richtiger Exekutivausschuß mehr gewählt worden. Die Mitglieder des mächtigen ständigen Ausschusses wurden allein von Khaleda Zia nominiert.

In der AL spielt sich das gleiche ab. Sheikh Hasina trägt allein die Verantwortung; ihre Position ist unangefochten. Beide Frauen bauen ihre ältesten Söhne zu Nachfolgern auf, wollen die Dynastien fortschreiben. Dies verhindert jedoch die Ausbildung einer verantwortlichen, reagierenden Politikerschicht.

Das Militär spielt gegenwärtig keine Rolle in der Politik, obgleich einige bekannte pensionierte Armeeoffiziere Ministerposten besetzen. Die politischen Parteien zögern, wenn die Diskussion auf die Rolle des Militärs im Parlament kommt oder den von Jahr zu Jahr wachsenden Verteidigungsetat. Während Politiker keine Gefahr eines Putsches sehen, geben sich Experten weniger optimistisch. Bei einem Andauern der gegenwärtigen Krise könnte ihrer Meinung nach sehr wohl die Armee als disziplinierter und geschlossener Kreis zumindest auf Zeit die Geschicke des Landes übernehmen - mit womöglich einschneidenden Konsequenzen.

Das Militär hat in der Vergangenheit häufiger die religiöse Karte gespielt, um oppositionelle Kräfte zu schwächen bzw. Anhänger für die eigene Sache zu gewinnen. Es war General Ziaur, der 1978 erstmals die Verfassung änderte, in dem er das Prinzip des Säkularismus' herausstrich. Ershad erhob zehn Jahre später den Islam zur Staatsreligion. "Die aufeinander folgenden Militärregime haben

zur Stärkung fundamentalistischer Kräfte maßgeblich beigetragen", so Showkat Osman, ein bekannter Schriftsteller und Zeitungskolumnist.

Die Zukunft des Landes hängt davon ab, ob das Mißtrauen, das Ressentiment zwischen den Parteiführerinnen angebaut werden kann. Bislang ist dies nicht der Fall. Das merkt auch der Commonwealth-Entsande Sir Ninian Stephen, der sich seit einem Monat um die Lösung des Konflikts bemüht - bis jetzt erfolglos. Zur Zeit stehen die Zeichen eher auf Konfrontation. Die Opposition droht mit einem Massenrücktritt ihrer Abgeordneten, intensiviert ihr Streikprogramm und fordert zum Sturz der Premierministerin auf. Diese kontert und nimmt die Herausforderung, gegebenenfalls auch auf der Straße, an. Den kalten Wind, nicht des gegnerischen Lagers, sondern des eignen, bekam Informationsminister Huda zu spüren. Weil er ein Einlenken der Regierung angedeutet hatte, wurde er entlassen.

Die politische Kontroverse geht also weiter und mit ihr nimmt die Nervosität der Menschen und der Börse zu. Unsicherheit macht sich breit. Die Mehrzahl der Bangladeshis möchte eine baldige politische Lösung, vermittelt durch Ninian Stephen. Nur die radikalen islamischen Gruppen protestieren gegen dessen Aufenthalt und fordern ihn auf, nach Hause zu fahren. Die Polizei brauchte Tränengas und Gummiknüppel, um eine Demonstration der Islamisten aufzulösen. Die politische Krise läßt sich mit diesen Mitteln nicht beenden.